



Newsletter I/2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Mitarbeitende der Bundesverwaltung,

durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung ist die Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung (KKB) in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz übergegangen. Ich freue mich sehr über diese neue Aufgabe. Die Vorbildfunktion der Bundesverwaltung für einen ambitionierten und glaubwürdigen Klimaschutz in Deutschland ist immens wichtig.

Sehr viele Bundesbehörden sind bereits engagiert, führen Umweltmanagementsysteme ein, stellen ihren Fuhrpark um, verzichten auf Dienstreisen per Flugzeug oder entwickeln neue Flächenkonzepte in energieeffizienteren Liegenschaften. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle danken. Aber Sie auch bitten: Bleiben Sie ambitioniert!

Dies ist umso mehr erforderlich aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine. Minister Habeck setzt momentan mit dem BMWK alles daran, die Abhängigkeiten von russischen Energieträgern in der deutschen Wirtschaft zu verringern. Unsere Vorbildfunktion als öffentliche Hand müssen wir auch hier wahrnehmen. Bitte prüfen Sie noch einmal, wo sich in Ihren Liegenschaften und in der Mobilität unmittelbar Energie einsparen lässt (Bsp. bei der Fassadenbeleuchtung oder der Innenbeleuchtung nach 20.00 Uhr), eine Umstellung von Lieferverträgen möglich ist und welche Maßnahmen jetzt zusätzlich angestoßen werden können, um mittelfristig zu wirken. Den vorgeschriebenen Weg zur Klimaneutralität gilt es - trotz aller Widrigkeiten momentan - konsequent fortzuführen.

Bringen Sie sich in den Austausch der KKB sowie die Entwicklung von weiteren Maßnahmen ein und überzeugen Sie weitere Behörden und Kolleginnen und Kollegen. Gemeinsam können wir das ambitionierte Ziel einer klimaneutral organisierten Bundesverwaltung im Jahr 2030 erreichen und unseren Beitrag zum Energiesparen leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Staatssekretär Patrick Graichen

Neue Räume braucht das Land – Piloten für moderne Flächenkonzepte

Unser Arbeitsalltag hat sich durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie verändert. Neue Dienstvereinbarungen zur mobilen Arbeit, digitale Prozesse, hybride Konferenzen - Ein Zurück in das „Fünf-Tage-im-Büro-Modell“ erscheint vielen nicht mehr zeitgemäß. Dies bietet nicht nur Chancen für flexiblere und modernere Arbeitswelten, sondern auch für den Klimaschutz. Der Leerstand in den Bürogebäuden durch Mobiles Arbeiten sowie der CO₂-Fußabdruck der Bundesgebäude sind zu senken. Gerade in diesem Bereich steht Vermeidung vor Reduzierung und Kompensation.

Aus unseren Gesprächen und Innovationsteams wird deutlich, dass an vielen Stellen darüber nachgedacht wird, unsere Bürolandschaften zu verändern. Flexibel belegbare Büros, mehr Raum für Begegnungen, Rückzugszonen für ungestörtes Arbeiten sowie Projekträume in Kombination mit dem Homeoffice bieten die Möglichkeit, Energiebedarfe für ungenutzte Flächen zu reduzieren und bestehende Flächenressourcen, auch bei Personalzuwachsen, besser zu verwenden.

Das Umweltbundesamt sammelt hierzu seit 2018 Erfahrungen im Bereich Desk Sharing und hat Leitlinien zum nachhaltigen Büroflächenmanagement eingeführt. Es ist die Abkehr vom bisherigen Prinzip: 1 Person = 1 Büro. Weiter pilotiert das UBA zurzeit eine sogenannte New Work Zone als Versuchsfläche, in der ein neues Raumkonzept mit integrierten Home-Office-Arbeitsplätzen getestet wird. Als KKB wollen wir viele Institutionen der Bundesverwaltung motivieren, um weitere Initiativen dieser Art zu starten. Anfang Mai planen wir hierzu eine Informationsveranstaltung mit allen interessierten Behörden. Sollten Sie Interesse haben, melden Sie sich bitte via kkb@bmwk.bund.de.

Umweltschadenskosten bepreisen – Einführung eines CO₂-Schattenpreises

Die Beschaffung eines Produktes, einer Dienstleistung, die Wahl zwischen verschiedenen baulichen Lösungen wirken sich je nach Lebenszyklus auf künftige Emissionsbilanzen aus. Um sicherzustellen, dass emissionsärmere und damit klimaschonende Lösungen realisiert werden, sind in Alternativbetrachtungen des Bundes die Treibhausgasemissionen zu berücksichtigen und mit dem sogenannten CO₂-Schattenpreis zu versehen (s. Bundes-Klimaschutzgesetz und AVV Klima). Dadurch können Alternativen mit höheren Kosten aber geringeren Emissionen über den Lebenszyklus wirtschaftlich dargestellt und realisiert werden.

Insofern stellt der CO₂-Schattenpreis ein wichtiges Instrument dar, um in den vielen Entscheidungsprozessen des Bundes die Betrachtung klimafreundlicher Lösungen zu integrieren, die Nachfrage des Bundes nach solchen insgesamt zu erhöhen und dadurch wichtige Impulse zugunsten klimaschonender Lösungen am Markt zu setzen. Ziel ist es, für die Bundesverwaltung einen einheitlichen Preis zu bestimmen und eine praktikable Anwendung in den verschiedenen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Das BMUV hat jüngst einen Preis von 199 EUR/t für seinen Geschäftsbereich eingeführt. Um weitere Pilotanwendungen und Beispielfälle aus allen Bundesverwaltungen zu evaluieren, senden Sie diese bitte an kkb@bmwk.bund.de. Wir werten alle Fälle aus und stellen die Ergebnisse zur Verfügung.

Ein Blick in bestehende Bildungsangebote des Bundes

Der Weg ins Büro per ÖPNV, digitale Meetings statt Präsenz, die Wahl zur Nutzung der Bahn statt Flugzeug auf notwendigen Dienstreisen, die Betrachtung von Treibhausgasemissionen bei Bedarfsplanungen...

Die Liste der vielen, vermeintlich kleinen Entscheidungen in unserem Arbeitsalltag ist lang. Dabei haben sie alle Auswirkungen auf künftige Emissionsbilanzen der Bundesverwaltung. Das Interesse und die Bereitschaft, sich mit in die Transformation zur klimaneutralen Bundesverwaltung einzubringen, wächst stetig. Dies zeigt sich in der Nachfrage nach entsprechenden Informationsangeboten des Bundes, die die BAKöV mit der Online-Vortragsreihe „Nachhaltige Behörden Konkret“ anbietet. Im Jahr 2021 nahmen an 34 Online-Vorträgen insgesamt 1.341 Personen teil und auch im Frühjahr 2022 konnten wieder sehr hohe Teilnehmezahlen verzeichnet werden.

Unter www.bakoev.bund.de/Nachhaltigkeit.de können Sie eine Vielzahl von Dokumenten, Selbstlernmaterialien und Leitfäden abrufen. Auch alle Präsentationen der Vorträge, die man eventuell verpasst hat, kann man dort einfach finden und downloaden. Die Anmeldung zu weiteren Seminaren über IFOS-Bund ist ebenso dort verlinkt.

Wenn Sie weitere Bedarfe haben oder für Impulsvorträge zur Verfügung stehen, wenden Sie sich bitte direkt an die Kolleg*innen der BAKöV unter nachhaltigkeit@bakoev.bund.de.

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) bietet in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) eine Online-Vortragsreihe zum Thema „mission E - die Energiebewusstseinskampagne“ an. Sie vermittelt anhand von Online-Vorträgen Handlungswissen zu energiebezogenen Verhaltensänderungen ohne Komfortverlust sowie zu alternativen Mobilitätsformen. In dem Onlinevortrag „mission E – Klimabewusst unterwegs: Mobilität“ werden die Inhalte „Erstellung der eigenen Mobilitätsbilanz, Alltagstipps für unterschiedliche Mobilitätsformen“ thematisiert. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://missione.bundesimmobilien.de>

In einem gemeinsamen Projekt der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung im Beschaffungsamt des BMI mit 14 Bundesländern ist ein Kurzfilm zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung entstanden. Auf der [Homepage](#) können Sie diesen sowie weitere Informationen zur Initiative, allen Beteiligten und ergänzenden Kurzspots finden.

ÖPNV-Nutzung nimmt Fahrt auf: Das Jobticket ein Jahr nach der Einführung

Ende 2020 konnten die Verhandlungen zwischen dem BADV und den Berliner Verkehrsbetrieben für ein neues Jobticket abgeschlossen werden. Die Ressorts hatten sich zuvor geeinigt, die Bezuschussung auf bis zu 40 Euro pro Monat und Beschäftigten zu erhöhen. Mittlerweise stehen 22 neue Rahmenvereinbarungen mit Verkehrsverbänden in ganz Deutschland zur Verfügung. Und die Abonnentenzahl hat sich gegenüber 2019 (vor Corona) von knapp 50.000 auf nun knapp 80.000 (Stand Ende 2021) erhöht. Im Jahr 2020 war sie sogar (vermutlich Corona-bedingt) auf 42.000 gesunken.

Die Liste der abgeschlossenen Rahmenverträge ist [hier](#) einsehbar.

Studie zu Flugreisen im Arbeits- und Freizeitkontext

Wieviel wissen Sie über das Fliegen? Gibt es Unterschiede zwischen dienstlichen und freizeithlichen Flugreisen? Hatte die Corona-Pandemie Einfluss auf unsere Flugreisen?

Diese Fragen sollen mit Hilfe einer Studie beantwortet werden. Die Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung unterstützt diese Studie von Umweltbundesamt und der TU Dresden im Rahmen einer Masterarbeit. Gerne dürfen Sie an der 20-minütigen, anonymen Befragung teilnehmen:

<https://umfragen.psych.tu-dresden.de/limesurvey/index.php/213577?lang=de>

Bitte leiten sie diesen Link auch in Ihrem Aufgabenbereich weiter. Der Fragebogen ist bis 17.6.22 geöffnet. Über die zentralen Ergebnisse werden wir in einem der nächsten Newsletter berichten.